09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 245

Uwe Danker:[1]

Schleswig-Holsteins Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1988-2009

Eine erste Analyse anhand ausgewählter Politikfelder

Was erinnert, wer erinnert sich an die letzten drei Jahrzehnte schleswig-holsteinischer Landespolitik ? Meist denkt man sofort an Aufregungen, an Affären: Es erscheinen Bilder, die zu Ikonen wurden; Bilder, die leiten. Dabei können sie so trügerisch sein. Gewiss, Ereignisse, die Regierungswechsel auslösen oder befördern, besitzen historische Relevanz. Aber wenn es um das Interesse an einer politischen Bilanz geht, stören Ikonen eher.

Betrachtet seien drei markante Bildpaare, die einen Anfang und ein Ende symbolisieren:

- Björn Engholm, Ministerpräsident 1988, Rücktritt 1993
- Heide Simonis, Ministerpräsidentin 1993, Nichtwahl 2005
- Ministerpräsident Carstensen und Partner Ralf Stegner Anfang und Ende der Großen Koalition 2005 und 2009.

Es überlagern und überschatten unsere rückwärts aufspulende Erinnerung mutmaßlich jeweils die Abschlussbilder: der – nach außen gefasst und stilvoll – zurücktretende Björn Engholm, die – standhafte, aber erschütterte, weil in diesen bitteren Stunden pausenlos öffentlich präsentierte – nicht wiedergewählte Heide Simonis, der tatsächlich ein bisschen gnadderig dreinschauende Ralf Stegner kurz vor der Trennung des ungleichen Paares. Selbst wenn wir eine Gleichwertigkeit der bildgeleiteten Erinnerung annehmen, dreimal Anfang und Ende sehen, gilt: Die Schattenwürfe lassen wenig Platz für inhaltliche Leistungen; ja, sie führen weg vom Wesentlichen.

Deshalb gehe ich im Folgenden einen anderen Weg: Mein Kerninteresse gilt dem Wandel Schleswig-Holsteins seit 1988. Denn Landespolitik erhebt den Anspruch, im begrenzten Rahmen gestalten zu können. Diese Veränderungsleistungen will ich vermessen, konzentriert auf den sozialdemokratischen Anteil. Ich werde immer wieder aus der Chronologie ausbrechen, lange Linien zeichnen, charakteristische Exempel auswählen.

Und schließlich werde ich einen Einordnungsversuch unternehmen, allerdings mit Demut und Vorsicht. Denn die Praxis gefälliger Wertung ist nicht risikolos: Der Bochumer Historiker Bernd Faulenbach, als Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD so etwas wie der Gralshüter ihrer Traditionsbildung, hat versucht, im Rahmen einer großen wissenschaftlichen Studie zur sozialdemokratischen Bonner (Mit-)Regierungsphase 1969-1982 für die allgemeine bundesdeutsche zeitgeschichtliche Periodisierung den Begriff des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ zu etablieren.[2] Das mochte manchem sogar naheliegend erscheinen. Die sozialdemokratischen Kanzler Brandt und Schmidt, das Mehr-Demokratie-Wagen, die Krisenbewältigung, alles sozialdemokratisch geprägt, oder ? Doch in der Wissenschaft erntete Faulenbach begründete Ablehnung, auch Hohn.

Leider gibt es so gut wie keine wissenschaftlichen Standards genügenden Vorarbeiten zum Thema. Historische Studien sowieso noch nicht, aber, was so nicht zu erwarten war: Landespolitik wird

1 Dieser Druckfassung liegt ein am 29.5.2013 im Landeshaus auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion gehaltener Vortrag zugrunde.

2 Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit; die SPD 1969-1982, Bonn 2011.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 246

auch politikwissenschaftlich erstaunlich wenig begleitet. Zudem ist die Quellenlage nicht einfach, durch die Landtagsüberlieferung völlig überbordend, wichtig und unwichtig kaum unterscheidbar machend. Quasi alle Quellen sind interessengeleitet, tendenziös, oft auch irreführend: Regierungsbilanzen, Oppositionskritiken, tagesaktuelle mediale Beiträge. Dennoch verbirgt sich dahinter Wesentliches, etwa eine Veränderungsleistung oder eine neue Entwicklungsrichtung. Auch im Landtag gibt es Momente besonderer Authentizität. Und immer wieder finden wir Zeichen des Wandels (oder der Beharrung).

Wahlen und Periodisierung. Die Wahlgrafik der Jahre 1987/88 bis 2009 spiegelt die Entwicklung der Landtagswahlen, einschließlich der beiden Ausreißer DVU mit 7,5 Prozent 1992 und Linke mit 6 Prozent 2009. Bereinigt um jene Parteien, die an der 5-Prozent-Klausel scheitern, wird die grobe Stimmenverteilung deutlich: Nach dem Erdrutschsieg der SPD 1988 sind nur SPD, CDU und SSW im Landtag vertreten, 1992 kommen die FDP und die rechtsextreme DVU hinzu, während die Grünen mit wenigen Stimmen an der 5-Prozent-Hürde scheitern. Ab 1996 sind sie im Parlament, auch die FDP und der SSW. Das bleibt auch 2000 und 2005 so, wobei der SSW erheblich wächst. 2009, nach dem Scheitern der Großen Koalition, werden die Kleinen sehr stark, der SSW mit 4,3 Prozent, die Grünen mit 12,4 Prozent, die FDP gar mit 14,9 Prozent, die Linken sind einma-

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 247

lig mit 6 Prozent vertreten, während CDU und SPD auf Tiefststände sinken.

Politikwissenschaftler verweisen darauf, dass Schleswig-Holstein für die Volksparteien grundsätzlich ein schwieriges Pflaster darstellt, weil ihre traditionellen Kerntruppen vergleichsweise gering ausgeprägt sind: das CDU-treue katholische Milieu fehlt, ähnliches gilt für das SPD-nahe Milieu der Industriearbeiterschaft. Theoretisch sind hier deshalb Wählerbewegungen relativ frei und instabil.[3] Im Übrigen finden Landtagswahlen nicht im Reagenzglas statt. Wahlforscher sagen, dass bundespolitische Einflüsse stattfinden; erst recht dort, wo relativ geringe Wählerbindung angenommen wird.[4] Wie das genau zu Buche schlägt, ist allerdings strittig.

In parlamentarischen Systemen bietet es sich an, nach Wahlen zu periodisieren. Dem folge ich, indes eine weitere Zäsur berücksichtigend: das Jahr 1993 mit dem Wechsel von Björn Engholm zu Heide Simonis. Man muss auch externe, oft gewichtigere Einflüsse berücksichtigen: zum Beispiel die weltpolitische Zäsur 1989/1990, darin einbeschrieben die deutsche Einheit, die als Synergieeffekt und für Normalmenschen kaum nachvollziehbar, weil so abstrakt, Schleswig-Holstein im Folgejahrzehnt einen völlig neuen Finanzrahmen, nämlich erheblich weniger öffentliche Mittel bescherte. Die Landesregierung ging 1992 allein für die ersten Jahre 1990 bis 1994 von drei Milliarden DM weniger aus und erklärte den notgedrungenen Verzicht auf eine ganze Reihe von Projekten.[5] Weitere exempla-

3 Vgl. Wilhelm P. Bürklin: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 8. Mai 1988: Eine grundsätzliche Wahl zur politischen Erneuerung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 4/1988, S. 482-495, hier S. 490.

4 Vgl. Patrick Horst: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 27. September 2009: Ministerpräsident auf Abruf kann nach vorgezogener Neuwahl schwarz-gelbe Wunschkoalition bilden, in: ZParl 2/2010, S. 372-289, hier S. 375.

5 Vgl. Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Ministerpräsident Björn Engholm. Verantwortung für Schleswig-Holstein. Die Regierungserklärung vom 3. Juni 1992, Kiel 1992, S. 6.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 248

rische Folgen der Einheit: Das Tourismusgewerbe hat wieder Konkurrenz an Mecklenburgs Ostseeständen. Die Bundeswehr – Schleswig-Holstein bildete für Jahrzehnte mit dem höchsten Stationierungsanteil die Kaserne der Bundesrepublik – baute hier bis 2010 45 Prozent der Soldaten und 30 Prozent des Zivilpersonals ab. Zu denken ist auch an den Ausbau des europäischen Binnenmarktes, die Nord- und später Osterweiterung der Europäischen Union. Nicht alles wirkt sich negativ aus auf die Region, oft gilt das Gegenteil. Allerdings darf nicht vergessen werden die internationale Bankenkrise, die, konkretisiert am Fiasko der HSH Nordbank, die letzten Handlungsspielräume des Landes bedroht; Ende derzeit noch offen.

Akteure des Aufbruchs. Die Landtagswahl am 8. Mai 1988 war eine Engholm-Wahl und bescherte der Landes-SPD einen Erdrutschsieg: 54,8 Prozent für die SPD; die Verteilung der Sitze war entsprechend. Das erste Kabinett Engholm personifizierte den vorbereiteten landespolitischen Aufbruch :

Zunächst die Eigengewächse:

- Schwergewicht Günther Jansen, Soziales, Gesundheit und Energie(wende)
- Heide Simonis, aus Bonn geholt, Finanzen
- Gisela Böhrk, Frauen
- Hans Wiesen für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei
- Klaus Klingner, Ex-Vorsitzender des Barschel-Ausschusses, Justiz

Dann die Gruppe von außen kommender Persönlichkeiten:

- der Hamburger Rechtsprofessor Hans-Peter Bull, Inneres
- die Ex-Gefängnisleiterin und Feministin Eva Rühmkorf, Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
- bald tauschend mit der erfahrenen, zunächst für Bundesangelegenheiten zuständigen Marianne Tidick,
- der Ökologieprofessor Berndt Heydemann, Natur, Umwelt und Landesentwicklung
- sowie der Europäer Franz Froschmaier, Wirtschaft, Technik und Verkehr

Die ebenfalls ambitionierte Riege der Staatssekretäre mit Stefan Pelny als Chef der Staatskanzlei an der Spitze, bleibe hier außen vor.

Neben diesem strahlenden Personaltableau behaupteten sich in der öffentlichen Wahrnehmung zudem der Landesvorsitzende Gerd Walter und der Fraktionsvorsitzende Gert Börnsen; wohl weniger aus Eitelkeit, jedenfalls ausdrücklich aus demokratietheoretischen Ansprüchen abgeleitet: Nie wieder sollte eine Partei das Land in Besitz nehmen, in Vorstandssitzungen landespolitische Entscheidungen treffen. Aber nie wieder auch sollte eine Regierungszentrale zugleich die Partei- und Fraktionszentrale bilden. So das relativ laut kommunizierte Dogma.

Nicht vergessen werden sollten die Leistungen jener, die am Gesamtprozess im Gesamtzeitraum mitwirkten. Obwohl in vielen Fäl-

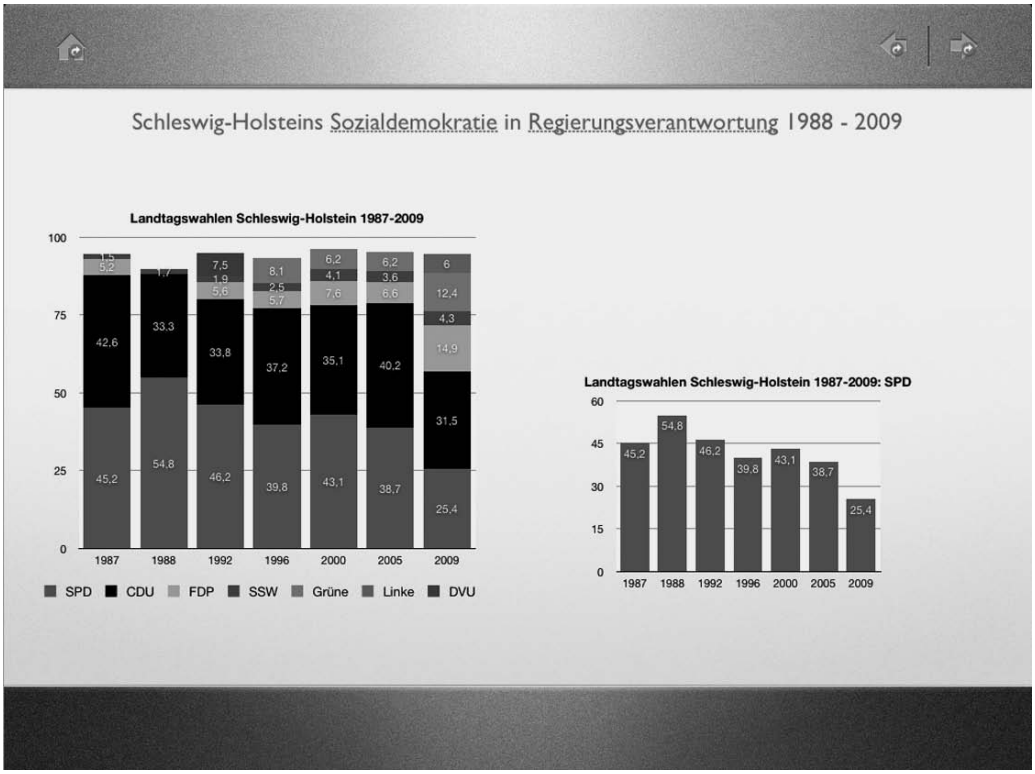
09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 249

len die biografische Beteiligung gar als Lebensleistung zu werten ist, kann man sie nicht angemessen würdigen. Ich denke an Kabinettsmitglieder und Spitzen von Landespartei und Landtagsfraktion; längst nicht alle finden hier Berücksichtigung. Erst recht gilt das für Mitglieder des Landtags; ein Gesamttableau von circa 140 Akteuren. Auch mit dieser Systematik erreicht man viele Mitwirkende noch nicht, jene Akteure der zweiten Reihe, Menschen, die sich in Gestaltung und konkrete Umsetzung von reformorientierter Landespolitik einbrachten und einbringen, in Ministerien, an anderen Stellen. Jedenfalls hingewiesen haben will ich darauf, bevor im Folgenden nur noch Spitzenakteure Erwähnung finden.

Reformen über Reformen. Ministerpräsident Björn Engholm entwirft in seiner ersten Regierungserklärung am 28. Juni 1988 die Vision eines sich reformierenden Landes; sie reicht in ihrer Konkretion bis zur Gülleverordnung. Niedrig stapelnd als „nüchternes Arbeitspapier“[6] eingeleitet, enthält die Erklärung alle zentralen Vorhaben der kommenden Jahre, zudem eine neue politisch-kulturelle Konsensorientierung sowie die leitende Vision: Schleswig-Holstein bilde, so Engholm, eine „europäische Region“, die als Brücke nach Skandinavien und auch in die noch existierenden osteuropäischen Nachbarn DDR, Polen und die „sowjetischen Republiken“ an der Ostsee, also die baltischen Länder, fungieren könne und ihren Platz am „Mare Balticum“, der Ostsee als Drehscheibe „einer aufblühenden wirtschaftli-

6 Schleswig-Holsteinischer Landtag, Plenarprotokoll 12/2, 28.6.1988, Regierungserklärung Björn Engholm, S. 14-26, hier S. 15.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 250



chen und kulturellen Begegnung“, finden möge. Als Pendant zur äußeren formuliert Engholm eine innere Neuorientierung, deren Symbol eine „Denkfabrik“ wird, „zu der wir die fähigsten Köpfe aus dem Lande und von außerhalb einladen.“[7]

Das Leitmotiv liefert die Orientierung an Herausforderungen des strukturellen Wandels:[8] Die Landeswirtschaftsförderpolitik werde auf „längerfristige Modernisierung“ setzen, neue Technologien und Märkte, auch auf den ökologischen Umbau, dabei die Arbeitsmarktpolitik nicht aus dem Auge verlieren, dieses im Programm „Arbeit und Umwelt“ bündeln, die Forschungsinfrastruktur ausbauen, die Hochschulen auch, den Wissenstransfer fördern.[9] Komplementär konturieren weitere Politikfelder das sozialdemokratische Reformprofil:

- die Erweiterung der schulischen Wahlmöglichkeiten um Gesamtschulen,
- der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie,
- die Schaffung von Beauftragten für Minderheitenfragen und Soziale Belange,
- die Offensive auf dem Feld der Frauenpolitik.

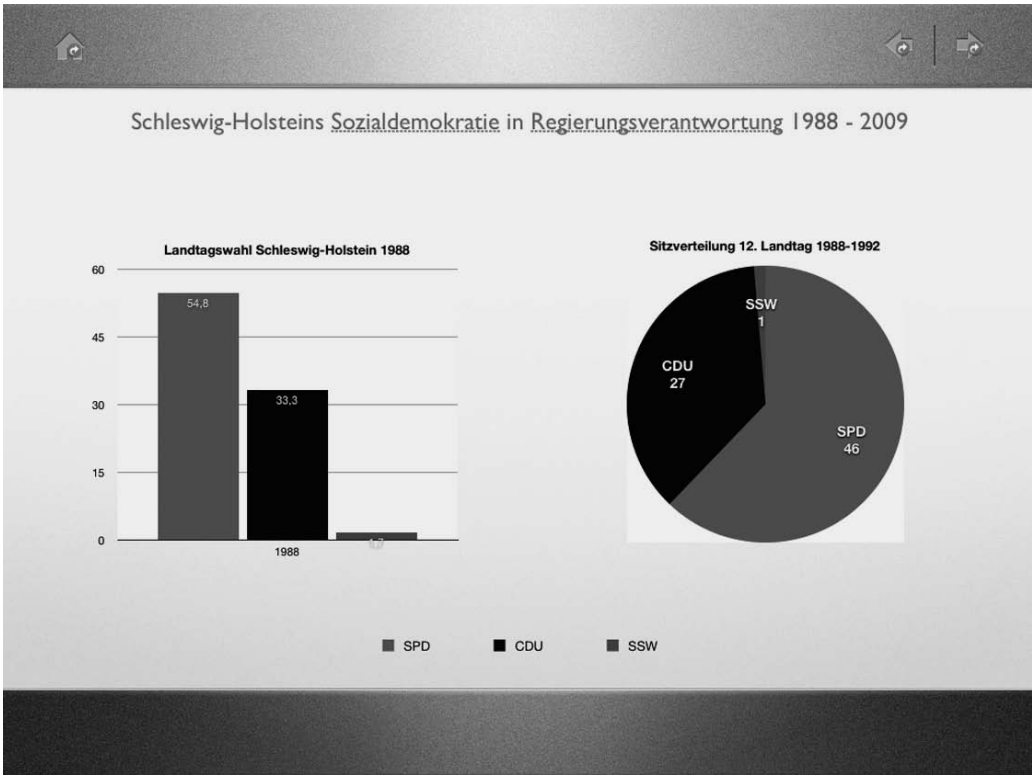
Als sei nach vier Jahrzehnten des Wartens der Deckel eines Druckkochtopfs geöffnet worden, wird in der ersten Regierungsphase ein Feuerwerk an Reformen entfacht. Man konnte kaum buchhalten. Vor dem Start Berndt Heydemanns werden die Bilanzverfasser in der Zeitschrift für Parlamentsfragen 1992 mit der Formulierung kapitu-

7 Plenarprotokoll 12/2, 28.6.1988 (wie FN 6), S. 17.

8 Vgl. Wilhelm P. Bürklin, Stephan Layritz: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 5. April 1992: Knappe SPD-Mehrheit bei fortdauernder Schwäche der CDU, in: ZParl 4/1992, S. 604-622, hier S. 605.

9 Plenarprotokoll 12/2, 28.6.1988 (wie FN 6), S. 17f.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 251



lieren: „Im neu geschaffenen Ministerium für Natur, Umwelt und Landesentwicklung, (…), wurde eine Vielzahl von Gesetzen, Programmen und Konzepten realisiert.“[10] Bereits in der zweiten Legislaturhälfte wird die Devise der Verlangsamung, der Wiederentdeckung der Langsamkeit, ausgegeben.[11]

Längsschnitt-Exempel Hochschulausbau. Ein Beispiel der mittelfristigen Entfaltung: der Hochschulausbau. Sukzessive werden umgesetzt:

- die Gründung der Fachhochschule Westküste in Heide,
- die Schaffung der Technischen Fakultät an der Universität Kiel,
- die ebenfalls kostenintensiven Aufwertungen der Muthesius-Kunsthochschule Kiel und der Musik-Universität Lübeck,
- die gestufte Umwidmung der Pädagogischen Hochschule Flensburg zur Universität,
- die Gründung der Medizin-Informatik an der Uni Lübeck.[12]

Längsschnitt-Exempel Gleichstellung. Engholm hat in seiner Regierungserklärung formuliert: „Die Gleichstellung der Frauen ist kein politisches Entgegenkommen der Politik an die Frauen, sondern eine historisch überfällige Selbstverständlichkeit.“[13] Entsprechend verfährt die Parlamentsmehrheit, wählt Lianne Paulina-Mürl zur Parlamentspräsidentin, der ersten in der bundesdeutschen Parlamentsgeschichte. Die Kabinettsliste mit vier Frauen wird von der Politikwissenschaft als „bundesweiter Akzent“ interpretiert.[14] Und mit Gisela

10 Bürklin, Layritz in: ZParl 4/1992 (wie FN 8), S. 605.
11 Vgl. Bürklin, Layritz in: ZParl 4/1992 (wie FN 8), S. 606.
12 Allein 1992 bis 1994 flossen 110 Mio. DM in diese Maßnahmen. Vgl. Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Chancen genutzt, stark in die Zukunft: die Regierungserklärung von Heide Simonis am 29. Juni 1994, Kiel 1994, S. 5.
13 Plenarprotokoll 12/2, 28.6.1988 (wie FN 6), S. 24.
14 Bürklin in ZParl 4/1988 (wie FN 3), S. 493.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 252

Böhrk betritt die erste deutsche Frauenministerin die politische Bühne. – Ist es nicht beeindruckend ? So schnell und nachhaltig kann sich Gesellschaft ändern: Diese Personalien bilden heute Alltäglichkeiten !

Frauenministerin Böhrk, die mit einer Handvoll Mitarbeiterinnen die Arbeit aufnimmt, legt zusammen mit Parlamentarierinnen politische Pionierleistungen hin, die bis heute strukturgebend sind:[15] ein flächendeckendes Netz kommunaler Gleichstellungsbeauftragter, aus dem kommunalen Finanzausgleich finanzierte Frauenhäuser und Beratungsstellen, das 1994 verabschiedete Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst. Seit 1990 ist die Gleichstellung Staatsziel in Schleswig-Holsteins Verfassung.

Beispiel Landesverfassung. Auch die Landesverfassung von 1990 ist ein Symbol des Aufbruchs.[16] In Reaktion auf die Barschel-Affäre leitet der Landtag im Juni 1988 eine Verfassungsreform ein. Hauptziel ist, Machtmissbrauch von Regierungen auszuschließen. Zunächst in einer „Enquetekommission“, dann in einem parlamentarischen Sonderausschuss unter dem Vorsitz des SPD-Fraktionsvorsitzenden Gert Börnsen, erarbeiten die Abgeordneten die neue Landesverfassung. Die klare Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Justiz soll wieder hergestellt werden, zukünftig das Parlament als „das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willensbildung“ verankert sein.[17] Rechte von Abgeordneten und Opposition werden ausgebaut, plebiszitäre Elemente eingeführt. Die Landesregierung muss Aktenvorlage gewähren, die Amtszeit der Ministerpräsidenten ist an die Wahlperiode gebunden, der Landtag kann sich selbst auflösen.

Der 30. Mai 1990 gerät zur Sternstunde des Landesparlaments. Einstimmig verabschiedet der Landtag die Landesverfassung. Drei Jahre nach der Erschütterung des politischen Systems ist es eine eindringliche Demonstration von Lernbereitschaft und demokratischer Gemeinsamkeit. Und eine persönliche Leistung Gert Börnsens.

Die Balance zwischen Parlament und Regierung ist wieder hergestellt. Und: Seither sind neben der „Gleichstellung von Frauen und Männern“ die „Rechte von nationalen Minderheiten und Volksgruppen“ sowie der „Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens“ Staatsziele.[18] Diese Verfassung wird für neue Bundesländer zum Vorbild.

Politologen werteten die sozialdemokratische Regierungsarbeit ab 1988 als souveränen Rollenwechsel.[19] Björn Engholm, der die Rollen Ministerpräsident, Bundesparteivorsitzender und designierter Kanzlerkandidat vereinte, schrieb man im Wahlkampf 1992 eine nahezu entrückte Popularität zu.

Die Wahl am 5. April 1992 bringt gleichwohl einen Dämpfer. Und, was alle überrascht: Die rechtsextreme DVU zieht mit 6,3 Prozent in den Landtag ein. Das Reizthema Asyl- und Ausländerpolitik in der vereinigten Bundesrepublik bringt vor allem junge deutsche Männer, meist Modernisierungsverlierer, zur Wahl Rechtsextre-

15 So bilanziert Ute Erdsiek-Rave 2008 zum 20-jährigen Bestehen des Ministeriums in ihrer Festrede. Vgl. Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): Festschrift zum Symposium „20 Jahre Frauenministerium des Landes Schleswig-Holstein“, Kiel 2008, S. 5.

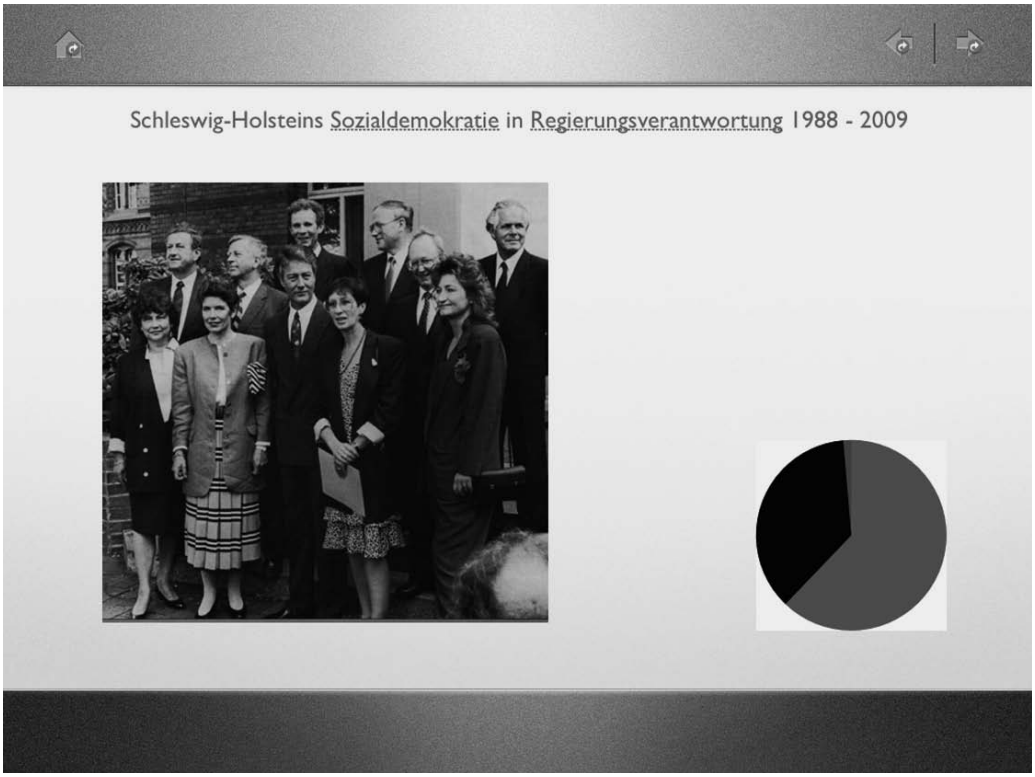
16 Vgl. Kurt Hamer: Von der „Ministerpräsidenten-Verfassung“ zur „Parlaments-Verfassung“, in: Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Hg.): Eine neue Verfassung für Schleswig-Holstein. Gegenwartsfragen 65, Kiel 1990, S. 9-19.

17 Artikel 10 (1) der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (Fassung vom 13.6.1990). Vgl. Hamer (wie FN 16), S. 13, 15.

18 Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (Fassung vom 13.6.1990). Z.B. in: Landeszentrale für Poltische Bildung Schleswig-Holstein (Hg.): Eine neue Verfassung für Schleswig-Holstein. Gegenwartsfragen 65, Kiel 1990, S. 240-258.

19 Vgl. Bürklin, Layritz in ZParl 4/1992 (wie FN 8), S. 607, 610. Der Landes-CDU dagegen falle der Rollenwechsel zur Opposition eher schwer.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 253



mer.[20] – Im Parlament wird man dieser Truppe in den Folgejahren geschlossen begegnen; aber die Rechtsextremen sitzen drin hinter ihrem Panzerglas und stehlen Büroeinrichtungen.

Die absolute SPD-Mehrheit schrumpft auf einen Sitz; eine parlamentarische Mustersituation, die immer Druck und Disziplinierung nach sich zieht. Im zweiten Kabinett Engholm fehlen Rühmkorf und Froschmeier, neu treten ein Gerd Walter (Europa und Bundesvertretung) sowie Uwe Thomas (Wirtschaft). Lianne Paulina-Mürl ist todkrank, Parlamentspräsidentin wird Ute Erdsiek-Rave.

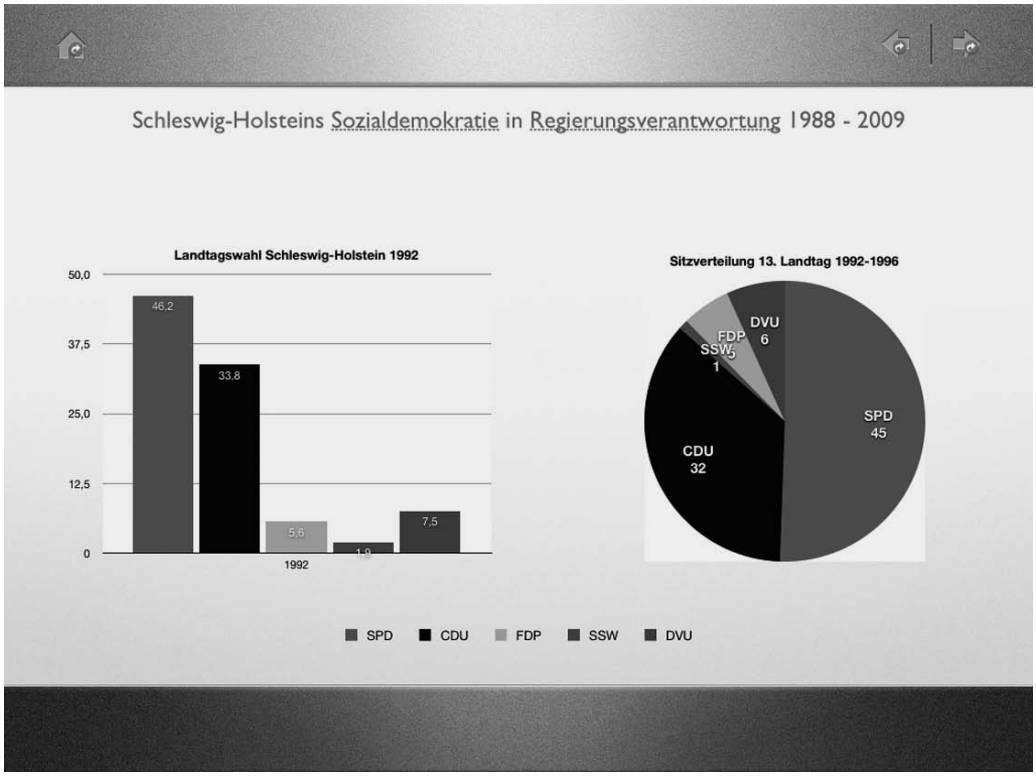
Längsschnitt-Exempel Ausländer- und Asylpolitik. Gerade an dieser Stelle bietet es sich an: Am heiklen Symbol der Ausländer- und Asylpolitik lässt sich die Liberalität demokratischer Innenpolitik messen.

Björn Engholm hatte 1988 sensibel vorgegeben: „Wir werden kein Paradies für Asylbewerber werden. Wir stehen auch nicht offen für die, die in anderen Ländern schlechter behandelt werden. Aber die, die bei uns sind, haben Anspruch darauf, daß wir ihr Anwalt sind, denn dieses sind Menschen, die im Regelfalle größere Not leiden als alle anderen, die hier leben.“[21]

Die Liberalisierung der Asylpolitik fiel in die Ressorts von Hans-Peter Bull und Günther Jansen. Entwürdigende Sammelunterkünfte der Kreise wurden reduziert; der Grad der Freizügigkeit erhöht.[22] Allerdings stiegen die Asylbewerberzahlen in Deutschland extrem: 1990 gingen 193 000 neue Anträge ein, 1991 waren es 256 000, 1992

20 Vgl. Bürklin, Layritz in ZParl 4/1992 (wie FN 8), S. 609, 613-619.
21 Plenarprotokoll 12/2, 28.6.1988 (wie FN 6), S. 23.
22 Vgl. Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Die Bilanz: das erste Jahr der Regierung Engholm, Kiel 1989, S. 20.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 254

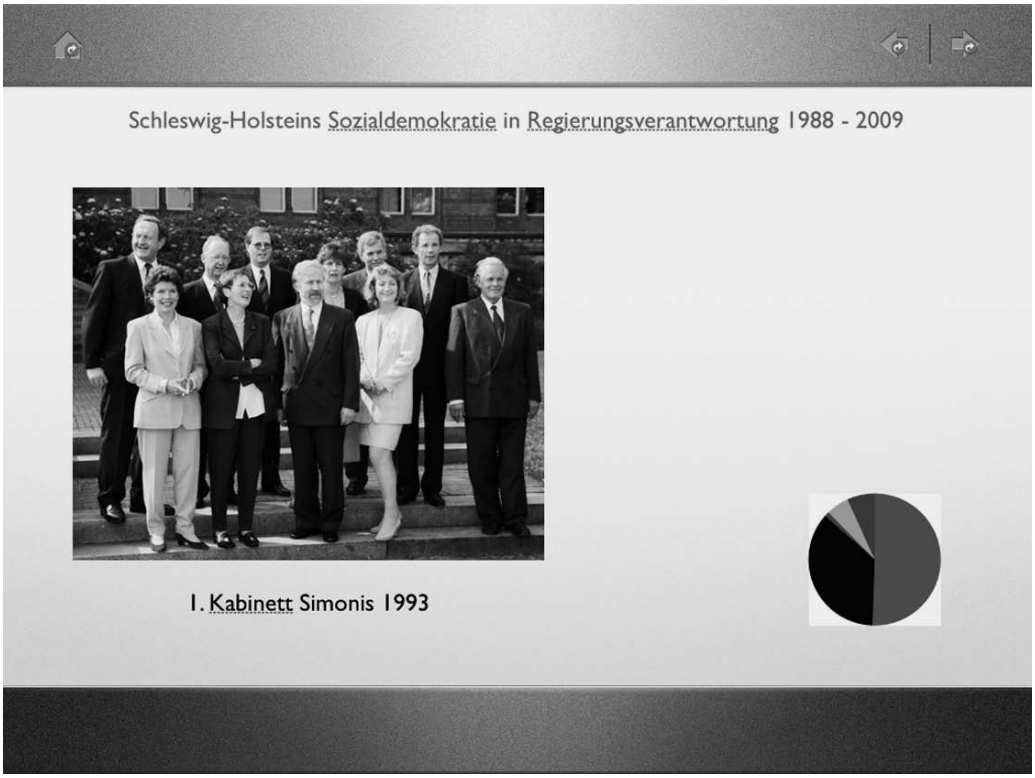


gar 438 000 neue Anträge. Populisten, Stammtische, gesellschaftliche Ressentiments artikulierten sich immer drastischer. Seit Jahren schon war Asyl ein politisches Streitthema. Jansen versuchte den kleinbürgerlichen Mainstream aufzufangen, um die Linie des Anstands zu halten: So jedenfalls kann man seinen Zählappell zur Erhebung von Asyl- und Sozialhilfemissbrauch interpretieren.[23]

Unter dem Druck der Zahlen findet sich Björn Engholm 1992/93 in seiner Rolle als Parteivorsitzender der SPD bereit, den so genannten Asylkompromiss, den neuen §16a des Grundgesetzes, mitzutragen, der das exklusive, historisch begründete deutsche Asylrecht durch den Ausschluss der Einreise aus der EU oder qualifizierten Drittstaaten erheblich einschränkt, ja abschafft und in geringeren europäischen Standards aufgehen lässt, bevor auch die Europäische Union ihre Grenzen abriegelt – ein Schritt, der 101 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete mit „nein“ stimmen lässt, in Schleswig-Holstein Sozialministerin Heide Moser und andere schockiert. Ein bitterer Konflikt zwischen Handlungsdruck und Zielen. Unsere Republik war nicht in guter Verfassung in diesem Jahr 1992, man erinnere sich an die unfassbaren Aufnahmen aus Rostock-Lichtenhagen im August, an den verheerenden Brandanschlag von Mölln in der Nacht auf den 23.11.1992. Wie handelt man in solchen Lagen richtig ? – Heribert Prantl hat in der Süddeutschen Zeitung mit einem verbitterten Kommentar an den 20. Jahrestag dieses Bundestagsbeschlusses erinnert und ihm in der sozialdemokratischen Ju-

23 Vgl. Bürklin, Layritz in ZParl 4/1992 (wie FN 8), S. 611f.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 255



biläumswoche den beziehungsvollen Titel „Verdammte dieser Erde“ gegeben.[24]

Interessant ist aus der Retrospektive, wie klar sich dieses politische Ringen um den rechten, gerade noch gesellschaftlich umsetzbaren Weg innerhalb der Landespolitik ausdrückt. 2004 beginnt die für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelte Regierungsbroschüre „Schleswig-Holstein Zahlen und Fakten“ mit dem Kapitel „Migranten und Migrantinnen“ und dem apodiktischen Satz: „Ein wichtiges Anliegen für das Land Schleswig-Holstein ist die Integration der Migrantinnen und Migranten, egal ob mit deutschem oder ausländischem Pass.“[25] Ja, das so unpopuläre Thema Ausländerintegration fehlt in keiner Regierungsbilanz, in keiner programmatischen Erklärung.[26] 1996 kündigt Heide Simonis das Ausschöpfen von Abschiebestopps und die Einrichtung einer Härtefallkommission an, bekennt sich zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen;[27] das ist unspektakuläre Alltagsarbeit, aber sie drückt eine humane Orientierung aus, pragmatische Konzentration auf das Leistbare, ja, exemplarisch erwähnt, sie steht wohl auch für beharrliches Bohren eines Ministerialen, des Abteilungsleiters Norbert Scharbach im Innenministerium, der nicht nur zwei Jahrzehnte die fachliche Zuständigkeit für Ausländerpolitik innehat, sondern Aktivist bei Amnesty International bleibt.

Das vom Landtag für ausgewählte Herkunftsländer verabschiedete kommunale Ausländerwahlrecht scheiterte im Oktober 1990

24 Heribert Prantl: Verdammte dieser Erde, in: Süddeutsche Zeitung, 25.5.2013, S. 3.

25 Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Schleswig-Holstein. Zahlen und Fakten 2004, Kiel 2004, S. 5.

26 Vgl. Verantwortung für Schleswig-Holstein 1992 (wie FN 5), S. 17; Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Land mit besten Perspektiven = A state with excellent prospects. Fakten über Schleswig-Holstein, Kiel 1999, S. 8; Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Schleswig-Holstein. Land der Horizonte, Kiel 2001, S. 8.

27 Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Heide Simonis am 23. Mai 1996. Verantwortung für das moderne Schleswig-Holstein, Kiel 1996, S. 36.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 256

am Bundesverfassungsgericht;[28] seit Ende 1992 aber gewährt der novellierte Artikel 28 des Grundgesetzes EU-Bürgern dieses Recht. Auch in anderen Sektoren preschte Schleswig-Holstein vor: Seit Anfang der 1990er sind die Zuständigkeiten der gesamten Ausländerpolitik vereint im Innenministerium. Das ist ein Zeichen: Denn während noch heute in den meisten Ländern im Innenressort die Law-and-Order-Mentalität vorherrscht und das Sozialressort für stille Abfederung zuständig zeichnet, haben schleswig-holsteinische Innenminister jeweils beides zu leisten: Ordnungs- und Integrationspolitik. Und das mag Maßstäbe verschieben helfen.

Eine letzte Bemerkung zu diesem Bereich: Die Neuregelung der Zuwanderung von jüdischen Emigrantinnen und Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, 2005 von den Ländern mit dem Bund ausgehandelt, trägt die Handschrift von Innenminister Ralf Stegner. Auch in die Leitlinien zur Integration von 2006 ging das Engagement Stegners ein. Sie gelten noch heute als „State of the Art“, damals waren sie als eine Art Leitbild und Selbstvergewisserung Neuland, fanden schließlich im Bundesrat eine klare Mehrheit.

So lässt sich für die lange Linie der Innenpolitik unter den Ministern Bull, Wienholtz, Buß, Stegner und schließlich Hay ein roter Faden erkennen: die mitfühlende Liberalität als Richtschnur einer sozial verantwortlichen Ordnungspolitik.

Das Jahr 1993. Zurück zur Chronologie: 1993, man erinnere sich, kehrt die Vergangenheit zurück: Am 23. März 1993 tritt Sozialminister und Ministerpräsident in spe, Günther Jansen, zurück. Am 3. Mai 1993 legt Björn Engholm alle politischen Ämter nieder. Er räumt ein, sich bezogen auf erste Informationen über die erlittenen Nachstellungen im Jahr 1987, den Ausgangspunkt des „Waterkantgate“, im Zeitpunkt korrigieren zu müssen. – Aus der Retrospektive könnte man das als Lappalie bewerten. Aber Flughöhe und Rolle des SPD-Vorsitzenden in der damaligen politischen Kultur schienen keine andere Wahl zuzulassen, jedenfalls keine ohne die Erwartung neuer, auch persönlich verletzender Schlammschlachten gegen ihn.

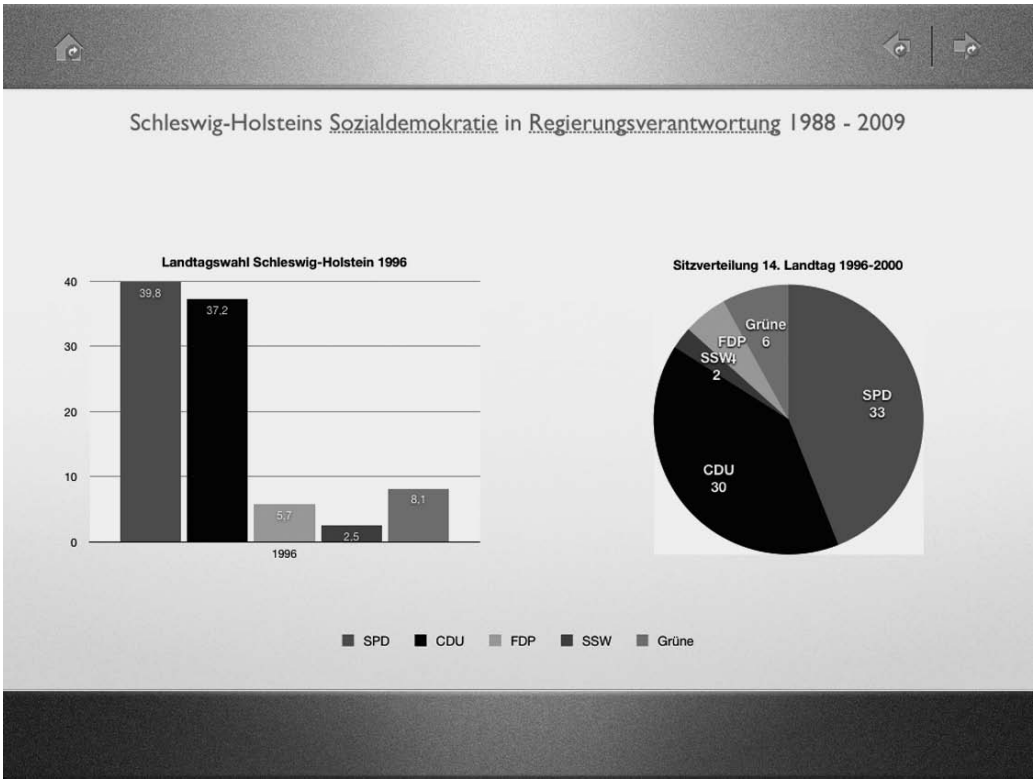
Der anschließende, zwei Jahre arbeitende Untersuchungsausschuss dominierte die 13. Legislaturperiode. Einige Medien und Politiker meinten, auch die Barschelaffäre umschreiben zu müssen; tatsächlich verschoben sich Akzente und auch Rollen einzelner Akteure. Die SPD-Fraktion erlebte eine tiefe Spaltung. Es ging um Fragen nach Integrität, um Absurditäten, wohl auch Interessen.[29] Persönliche Verwerfungen traten ein; einige halten bis heute an.

Mit Björn Engholm und Günther Jansen gingen jene beiden Schwergewichte, deren Agreement seit Anfang der 1980er Jahre den systematisch vorbereiteten Regierungswechsel erst möglich gemacht hatte: Der eine als angesehene, erfahrene und pragmatische Politikerpersönlichkeit mit höchsten Beliebtheitswerten und öffentlichem Vertrauensvorschuss, fast enthoben auch Projektionsflächen bietend, der andere als zugleich linker und manchmal bürgerlich geerdeter, integrativer, in seiner ganzen Persönlichkeit authentischer

28 Vgl. Bürklin, Layritz in ZParl 4/1992 (wie FN 8), S. 606.

29 Vgl. Uwe Danker: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort!“. Die Barschelaffäre 1987 und ihre Entwicklungen, in: Ders., Die Jahrhundertstory, Band 3, Flensburg 1999, S. 208-227; Schleswig-Holsteinischer Landtag (Hg.): Der Kieler Untersuchungsausschuß. Die Fragen und die Antworten. Oktober 1987-Januar 1988 (Abschlußbericht), Drucksache 11/66 5.2.1988, Kiel 1988; Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode (Abschlußbericht), Drucksache 13/3225, 12.12.1995, Kiel 1995; Schleswig-Holsteinischer Landtag, Plenarprotokoll 13/109, 109. Sitzung 19.12.1995.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 257



und menschennaher Politiker, der immer wieder auch mit unkonventionellen Aktionen überraschte, umso glaubwürdiger war.

Ministerpräsidentin Heide Simonis. Mit Heide Simonis wählt der Landtag 1993 zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine Frau zur Ministerpräsidentin. Ein wieder bundesweit wahrgenommenes Signal! Ihr Vertrauter Klaus Gärtner, kein Sozialdemokrat, sondern ein Liberaler, wird mit ihr bis 2002 als Chef der Staatskanzlei kooperieren.

Heide Simonis, insbesondere als Finanzpolitikerin ausgewiesen, übernimmt paradoxerweise in einer Situation die Verantwortung, in der finanzielle Spielräume für landespolitisches Handeln gen Null tendieren. Zehn Jahre, bis 2003, wird Claus Möller, als gewiefter Finanz- und Energieminister ein politisches Schwergewicht, mit ihr gemeinsam die Landeshaushaltspolitik gestalten. Gute Wirtschafts- und Finanzdaten der ersten Regierungsjahre, jedoch auch die Kosten der deutschen Einheit,[30] machten Schleswig-Holstein 1994 zum Geberland im Länderfinanzausgleich. Ein Aspekt, das ist charakteristisch für sie, den Heide Simonis in der Öffentlichkeitsarbeit feierte.[31]

Ihr Diktum, ausgeführt in der Regierungserklärung 1996: „Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben. Auch unsere Kinder und Enkel müssen noch Politik gestalten können. Dafür tragen wir heute Verantwortung. Deswegen muß unsere Finanzpolitik weiterhin solide sein.“[32] Ein Thema: die Beachtung der im Artikel

30 Vgl. Verantwortung für Schleswig-Holstein 1992 (wie FN 5), S. 6f.
31 Vgl. Chancen genutzt 1994 (wie FN 12), S. 3.
32 Verantwortung für das moderne Schleswig-Holstein 1996 (wie FN 27), S. 7.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 258

53 der Landesverfassung geforderten Beschränkung der Kreditaufnahme auf die Investitionsquote. Zugleich aber rechnete man ab 1994 mit zwei Milliarden DM Mindereinnahmen allein für drei Haushaltsjahre.[33]

Konsolidierung schloss Unpopuläres ausdrücklich nicht aus: Schon in der Antrittsrede 1993 kündigte Simonis eine Stunde unentgeltliche Arbeitszeitverlängerung für Beamte an, auch die Streichung des Landesanteils beim „soziokulturellen Einkommensausgleich für Landwirte".[34] Zur „strategischen Finanzpolitik"[35] zählte dann auch der Versuch, Lehrkräfte nicht mehr zu verbeamten, also im Zentrum hoheitlicher Aufgaben zu platzieren, sondern als Angestellte haushaltsehrlich zu besolden, nämlich die Soziallasten zeitgleich aufzubringen und nicht späteren Generationen aufzubürden. – Ein einsamer Kampf, den Schleswig-Holstein lange durchhielt, aber schließlich verlor, aufgeben musste.

Mit Ministerpräsidentin Heide Simonis setzte auch ein neuer Stil ein. Sie legte nicht jedes Wort auf die Goldwaage, suchte auch direkte Konflikte, polarisierte, wenn es nötig schien. Selbst intensiv vorbereitete Regierungserklärungen zeugen davon.[36]

Simonis schloss die Denkfabrik, holte Landespolitik mehr in den Arbeitsalltag. Das Reformfeuerwerk der ersten drei Regierungsjahre war schon 1991 gebremst worden. Publikumsträchtige große Würfe im Monatstakt können nicht die langen politischen Zeiträume konturieren. Naturgemäß mussten Verstetigung und Normalisierung so etwas wie landespolitische Kärrnerarbeit bedeuten. Und das vor dem Hintergrund sich weiter verdüsternder Finanzdaten.

Heide Simonis spielte wie ihr Vorgänger in der Bundesliga. Als Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, als erste Ministerpräsidentin und als streitbare und öffentlichkeitswirksame Gegenspielerin ihres geschätzten Theo Waigel lebte sie bundesweite Präsenz, getragen von ihren Themen Öffentlicher Dienst und Finanzen.

Weil es so selten passiert, dass nüchternen Politologen in der verstaubten Zeitschrift für Parlamentsfragen die Pferde durchgehen, möchte ich die dort 1996 ausgebreitete Begeisterung des Peter Mnich, später Uni Lüneburg, zitieren: „Die neue Ministerpräsidentin hat es verstanden, sich in den drei verbleibenden Jahren der Wahlperiode mit dem Image einer ‚Powerfrau' immer wieder öffentliche Aufmerksamkeit zu sichern. Bewunderer werden sich darunter eine agile und führungsstarke Persönlichkeit vorstellen. Selbst ihre Gegner können – nicht ohne Respekt zu zollen – eine direkte Übersetzung des Begriffs bevorzugen und den Machtinstinkt der Ministerpräsidentin betonen."[37]

Die Landtagswahl am 24. März 1996 brachte der SPD gleichwohl herbe Verluste. Die Verteilung der Mandate bot einer rot-grünen Koalition eine stabile Mehrheit. Nach vergleichsweise unterhaltsamen Koalitionsverhandlungen und einigen Formelkompromissen wurde Heide Simonis mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW wiedergewählt.[38]

33 Vgl. Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Politik für Schleswig-Holstein. Solide, Solidarisch, Selbstbewusst. Die Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Simonis am 16. Juni 1993, Kiel 1993, S. 6.

34 Politik für Schleswig-Holstein 1993 (wie FN 33), S. 7f.

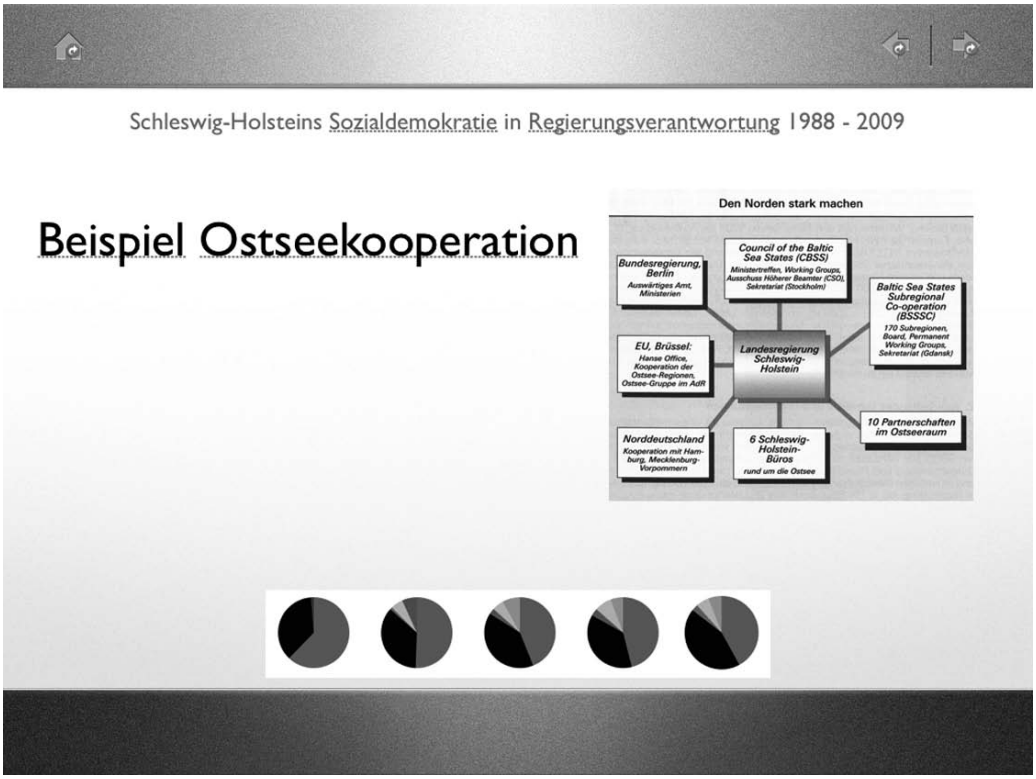
35 Verantwortung für das moderne Schleswig-Holstein 1996 (wie FN 27), S. 8.

36 1994 führt sie beispielsweise in einer Regierungserklärung aus: „Der öffentliche Dienst hat viele fähige, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie können noch effizienter arbeiten, wenn die Strukturen produktiver werden. (...) Wir haben schon ein paar Fenster aufgemacht und lassen frischen Wind durch die Amtsstuben wehen. (...) Modernisierung ist unumgänglich. Sie ist auch im öffentlichen Sektor mit Opfern und Einschnitten verbunden. Aber da geht es höchstens um die Verlegung eines Schreibtisches von A nach B. Was ist das gegen den Verlust des Arbeitsplatzes? (...) Die Modernisierung hat nicht nur Gewinner." Aus: Chancen genutzt (wie FN 12), S. 10f.

37 Peter Mnich: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 24. März 1996: Grüne am Ziel, SPD wider Willen im rot-grünen Regierungsbündnis, in: ZParl 4/1996, S. 628-642, hier S. 630.

38 Vgl. Mnich in ZParl 4/1996 (wie FN 37), S. 639f.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 259



Längsschnitt-Exempel Ostsee-Kooperation. In dieses Jahr 1996 fiel der Gipfel der Regierungschefs von Ostseeanrainern in Visby auf Gotland. An der Etablierung der Ostseekooperation hatte Schleswig-Holstein maßgeblich mitgewirkt. Jetzt begann die Ernte. Das Land arbeitet in der Konferenz der Ostseesubregionen,[39] die Industrie- und Handelskammern sind vernetzt, und nicht zu vergessen das Kulturprojekt Ars Baltica, eng verbunden mit dem Namen Björn Engholm. Europäische Fördertöpfe und ein Netz von zehn Partnerschaften im Ostseeraum, Schleswig-Holstein-Büros und viele weitere Vernetzungen unterstreichen diese Öffnung und Neuplatzierung des Landes in einer großen, 100 Millionen Menschen umfassenden Entfaltungsregion.

Man mag es kaum glauben, aber es lässt sich beweisen: In jenen ständig überarbeiteten etwa 100-seitigen kleinen Landeskunden, für die traditionell die Landeszentrale für Politische Bildung verantwortlich zeichnet, findet 1998 erstmals eine Grafik Platz, die über Landesfarben, Landeswappen und Landesgrenzen hinaus Schleswig-Holstein platziert: nämlich im Ostseeraum.[40] 2002 und 2006 dann spürt man das mutige Ausgreifen noch deutlicher: Jetzt ist „Schleswig-Holstein mitten in Europa“ angekommen.[41] – Man mag darüber lächeln, aber wie Sprache verraten derartige Symbole etwas; in diesem Fall neue Perspektiven!

39 Baltic Sea States Subregional Co operation (BSSSC).

40 Rüdiger Wenzel: Schleswig-Holstein. Kurze politische Landeskunde (hg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein), Kiel 1998, S. 13. Vgl. frühere Ausgaben und beispielsweise auch die bedeutend umfänglichere Landeskunde: Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Hg.): Eine politische Landeskunde (Zahlreiche Autoren, Redaktion: Rüdiger Wenzel). Gegenwartsfragen 68, Kiel 1992.

41 Rüdiger Wenzel: Schleswig-Holstein. Kurze politische Landeskunde (hg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein), Kiel 2002, S. 16f.; Rüdiger Wenzel: Schleswig-Holstein. Kurze politische Landeskunde (hg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein), Leck 2006, S. 58f. Siehe auch: Land der Horizonte (wie FN 26), S. 37f.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 260

Schleswig-Holsteins Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung 1988 - 2009

aus: R. Wenzel: Schleswig-Holstein. Kurze Politische Landeskunde, Kiel 1998, S. 13

Längsschnitt-Exempel Wirtschafts- und Technologieförderung. Impulse für neue Entwicklungen: Auch in den späteren Koalitionen bleiben die Botschaften konstant. Die Landespolitik befördert – mit ihren begrenzten Mitteln – die Entwicklung moderner Technologien und zukunftsträchtiger, intelligenter Wirtschaftszweige, die oft im tertiären Sektor angesiedelt sind.[42] Angefangen mit den selbst bezahlten Zeichen der verspäteten Elektrifizierung von Bahnhauptstrecken,[43] der Etablierung von distributionsstarken Wissenschaftseinrichtungen wie der Technischen Fakultät in Kiel und des ISIT in Itzehoe, fortgesetzt in Technologiezentren, 1999 würden es zwölf sein,[44] schließlich in der Forcierung von so genannten Kompetenzfeldern: 2007 benennt die Regierung der Großen Koalition die Felder „Life Sciences“, „Maritime Wirtschaft“, „Energie“, „Informations- und Kommunikationstechnologie“ sowie „Mikro- und Nanotechnologie“.[45] – Diese sprachliche Entfaltung spiegelt Wandel.

Landespolitik gestaltet eine regionale Wirtschaft nicht; man ist inzwischen etwas demütiger als in der Phase der bundesdeutschen Planungseuphorie der späten 1960er Jahre. Aber: Fördern, begleiten und Akzente setzen kann regionale Förderpolitik schon. Ich benenne drei Akzente:

1. Die Dialog- und Konsensorientierung, ausgerechnet in der Phase der großen absoluten Mehrheit, als man eine Konzertierte Aktion mit Unternehmen und Gewerkschaften etablierte, ebenso wie die

42 Vgl. Wenzel 1998 (wie FN 40), S. 19-29.

43 Vgl. Verantwortung für Schleswig-Holstein 1992 (wie FN 5), S. 8; Verantwortung für das moderne Schleswig-Holstein 1996 (wie FN 27), S. 19.

44 Vgl. Land mit besten Perspektiven 1999 (wie FN 26), S. 27.

45 Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Schleswig-Holstein. Zahlen und Fakten 2007, Kiel 2007, S. 12-17.

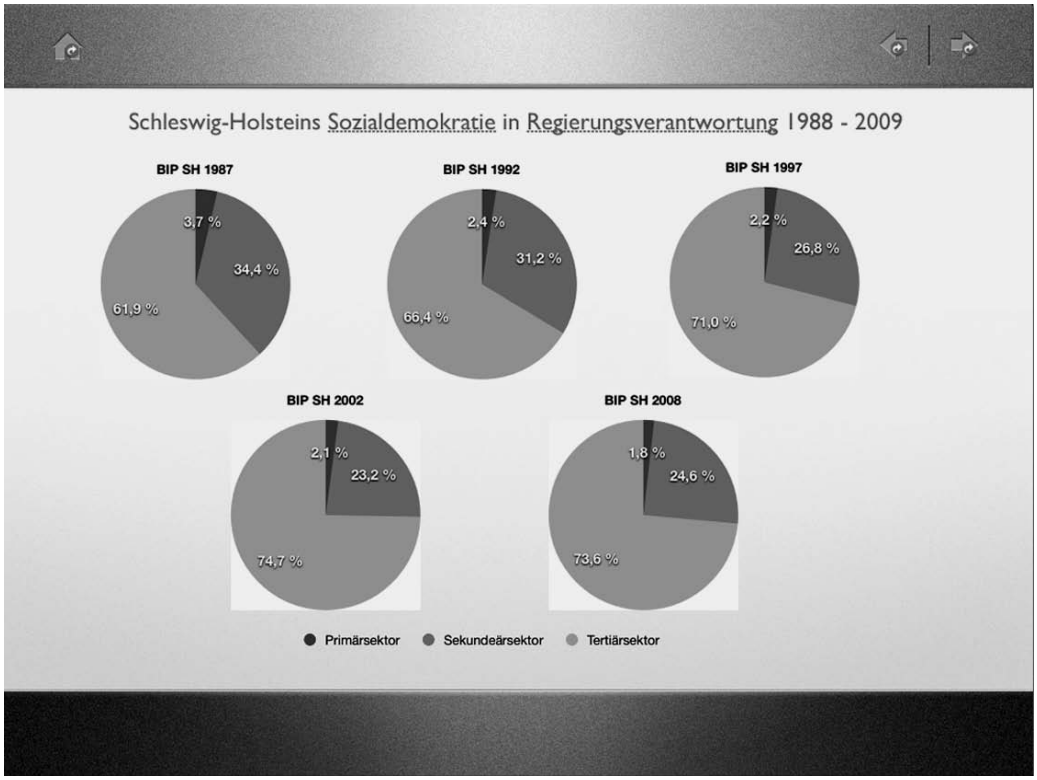
09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 261

innovative Denkfabrik, geleitet vom späteren Wirtschaftsminister Bernd Rohwer.

2. Schleswig-Holstein war zur Standortsicherung 1972 mit 25 Prozent bei den Howaldtswerken Deutsche Werft AG eingestiegen; das schließlich 140 Millionen teure Engagement brachte dem Standort Kiel (im Vergleich zum Standort Hamburg) gewisse Vorteile. Dann aber schwanden Arbeitsplätze und Finanzmittel; 1990/91 zog sich das Land aus der Beteiligung zurück. Der Resterlös von 60 Millionen DM ging nicht in den Landeshaushalt, sondern wurde zweckgebunden investiert in die zeitgleich gegründete Technologiestiftung, deren Aufgabe lautete, „die strategisch-infrastrukturellen Rahmenbedingungen für technologische Entwicklungen positiv zu beeinflussen.“[46] – Ein Paradigmenwechsel ! Später fusioniert zur Innovationsstiftung, wurde dieses Projekt durch das letzte Kabinett Carstensen beendet; die Auflösungssumme ging nun doch in den Landeshaushalt und wurde ausgegeben. – Auch das ein Zeichen !
3. Ebenfalls im Schlüsselzeitraum 1990/91 gründete das Land die Investitionsbank Schleswig-Holstein. Noch heute als eine hochmoderne Förderbank geltend, die entsprechende Töpfe öffnet und koordiniert, vergibt sie in ihrer betriebswirtschaftlichen Sparte nachrangig abgesicherte Kredite, fördert außerdem Investitionen im Energiebereich und kommunale Finanzierungen. Ein „Förderlotsensystem“ stützt die Erfolgsquoten.

46 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Fakten, die für sich sprechen, Kiel 1998, S. 4. Vgl. Uwe Danker: Landwirtschaft und Schwerindustrie Schleswig-Holsteins seit 1960: Schlaglichter auf sektoralen Strukturwandel, in: Demokratische Geschichte Band 18, Malente 2007, S. 167-214, hier insbesondere S. 203-206.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 262



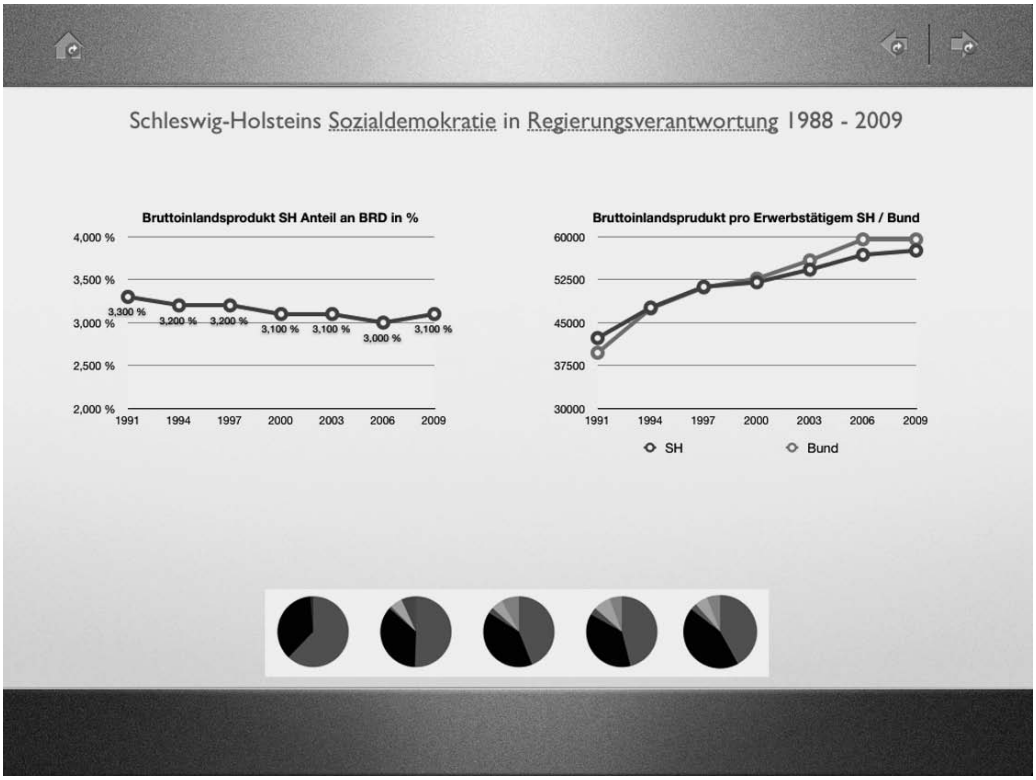
Flankiert wurde diese ökonomische Anpassung des Landes durch Arbeitsmarktprogramme wie, immer wieder aufgelegt, „Arbeit für Schleswig-Holstein“[47] oder auch akzentuierte Vorhaben wie „Arbeit und Umwelt“ oder das „Westküstenprogramm“.

Und die Realität ? Man blicke auf den bekannten Modernisierungsindikator: die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in zeitlicher Veränderung. Die Anteile des Primärbereichs (Landwirtschaft und Fischerei), des Sekundärbereichs (produzierendes Gewerbe und Handwerk) und des Tertiärbereichs (Dienstleistungen) weisen im Zeitraum 1987 bis 2008 im intersektoralen Wandel die klassische Entwicklungsrichtung nach unten respektive oben, also Modernisierung aus; und zwar deutlich.

Es sollte jedoch bedacht werden: Solchen Wandel hat keine omnipotente Landespolitik zu verantworten. Er findet statt. Aber: Die Landespolitik kann durch gezieltes Handeln befördern und mitgestalten, auch einen mentalen Boden schaffen. Dämpfende statistische Daten sollen nicht verschwiegen werden: Schleswig-Holsteins Anteil am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands nimmt ab; 1991, im Jahr nach der Einheit, waren es noch 3,3 Prozent, heute sind es 3,0 Prozent. Und die Entwicklung des vom einzelnen Erwerbstätigen erarbeiteten Bruttoinlandsprodukts ist sogar gegenläufig zum Bundesdurchschnitt. – Wir leben weiterhin in einem strukturschwachen Land.

47 Vgl. Verantwortung für Schleswig-Holstein 1992 (wie FN 5), S. 15; Land der Horizonte 2001 (wie FN 26), S. 25.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 263



Bei der Landtagswahl am 27. Februar 2000, der ersten Wahl nach Bekanntwerden der CDU-Spendenaffäre, legt die SPD zu. Ein schnell gefundener, dünner und nüchterner Koalitionsvertrag besiegelt die rot-grüne Weiterarbeit in einem verkleinerten Kabinett.[48]

Längsschnitt-Exempel Energiepolitik. Wie seit vielen Jahren propagierten beide Parteien den Ausstieg aus der Kernenergie, blieben aber, von einer von Claus Möller virtuos verstetigten Politik des sicherheitsbezogenen Ringens mit den Betreibern der drei regionalen Kraftwerke auf den Blick nach Berlin angewiesen.[49] In diesem Jahr 2000 gelang es der rotgrünen Bundesregierung, mit den Energieversorgungsunternehmen eine Vereinbarung über Restlaufzeiten der deutschen Kernkraftwerke zu unterzeichnen. Damit war ein wenn auch recht fernes Ende markiert.

Regionale energiepolitische Akzente ließen sich in der Förderung der regenerativen Wind- und Sonnenergie setzen; ein von Beginn an und kontinuierlich verfolgtes Anliegen. Deckte der durch-Wind erzeugte Strom 1989 nur 0,1 Prozent des Verbrauchs in Schleswig-Holstein, waren es 2002 bereits 24,4 Prozent. 2007 war das Land mit 2700 Anlagen weltweit führend:[50] ein wirklich rasanter Wandel!

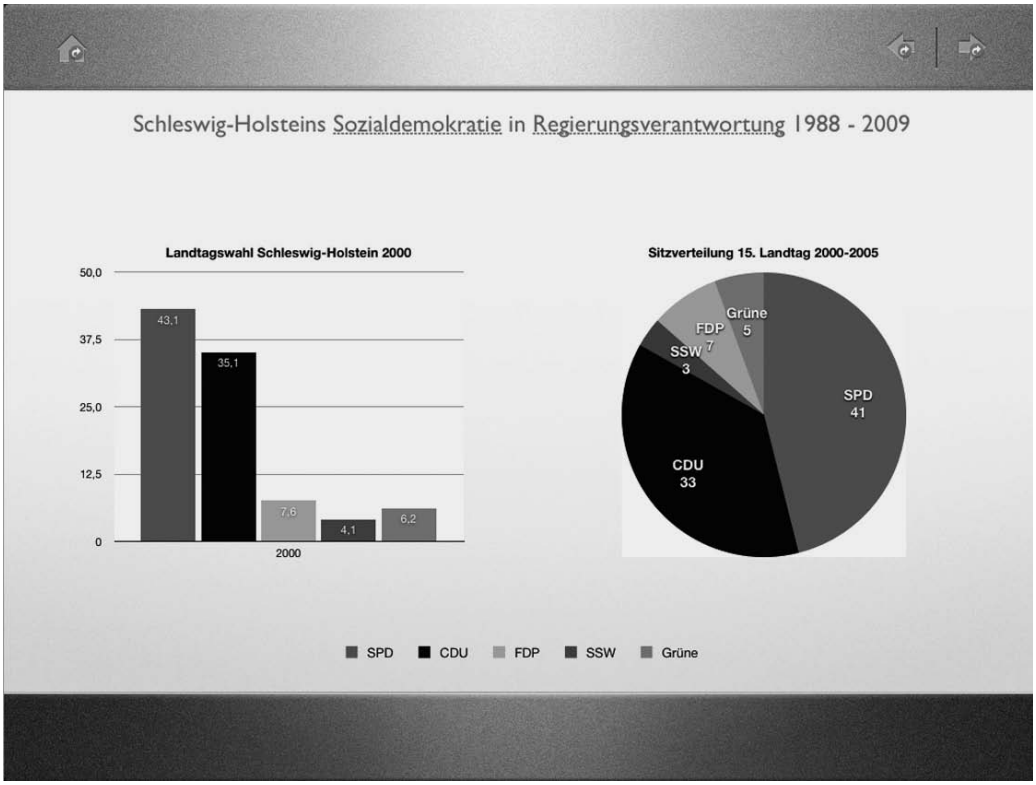
Das Jahr 2005. 2005 blickte die Koalition, soweit es erkennbar ist, auf eine professionell-ruhige Legislaturperiode zurück, allerdings ohne

48 Vgl. Peter Mnich: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 27. Februar 2000: Das erste Wählervotum nach der CDU-Finanzaffäre, in: ZParl 1/2001, S. 171-177, hier S. 176; Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Schleswig-Holstein; Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein (Hg.): Arbeit – Bildung, Nachhaltigkeit – Weltoffenheit. Koalitionsvertrag 2000. Mit voller Kraft für eine gute Zukunft unseres Landes!, Kiel 2000.

49 Vgl. Bürklin, Layritz in: ZParl 4/1992 (wie FN 8), S. 605f.

50 Vgl. Wenzel 2006 (wie FN 41), S. 70; Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Zahlen und Fakten 2007, Kiel 2007, S. 14.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 264



Höhepunkte und mit konjunkturell bedingt ungünstigen Haushalts- und Wirtschaftsdaten. Die Regierungspartei SPD war 2004 bundesweit im absoluten Stimmungstief: extrem schlechte Arbeitsmarktdaten, die Einführung der Hartz-Reform als Stichworte. In Schleswig-Holstein aber galt 2005 Heide Simonis als Kandidatin, die es packen könnte, als „Siegertyp", als kompetenter und „führungsstärker" als ihr damals blasser Gegenkandidat Carstensen,[51] auch als bundesweit etablierte Politikerin, die zusammen mit Finanzminister Ralf Stegner das sozialdemokratische Steuerkonzept prägte. Zwölf Jahre ist sie schon im Amt, gilt als Landesmutter. Plakatiert wird HEIDE.[52]

Das Wahlergebnis: Die CDU wird wieder stärkste Fraktion. SPD, Grüne und SSW könnten mit einer Stimme Mehrheit regieren. Trotz massiver Pressionen ringt sich der SSW erstmals durch, Zünglein an der Waage zu werden. Aber dann gibt es eine feige, bis in den 4. Wahlgang abweichende Stimme.[53] Am Tag darauf teilt Simonis ihren Verzicht auf politische Ämter mit und zieht der SSW seine Koalitionsbereitschaft zurück. Darauf kündigt der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller Verhandlungen mit der CDU an, gegen Bedenken in der eigenen Partei strebt auch Carstensen sie an; am 27. April wählt der Landtag ihn zum neuen Ministerpräsidenten.

Unmittelbar vor dieser Wahl verabschiedet der Landtag die scheidende Ministerpräsidentin Heide Simonis. Landtagspräsident Martin Kayenburg (CDU) findet bewegende Worte: „Sehr geehrte Frau Simonis, Sie sind eine der politisch erfolgreichsten Frauen der

51 Thomas Saretzki, Ralph Tils: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition, in: ZParl 1/2006, S. 145-163, hier S. 153.
52 Vgl. Saretzki, Tils in ZParl 1/2006 (wie FN 51), S. 147f.
53 Vgl. Saretzki, Tils in ZParl 1/2006 (wie FN 51), S. 158ff.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 265

Nachkriegszeit. (…) Keiner Ihrer Vorgänger hat dieses Amt so lange ausgeübt wie Sie. Das zeigt auch, dass die Menschen in unserem Land Ihre Leistung durchaus gesehen und anerkannt haben. (…)

Mit Ihnen scheidet eine der profiliertesten und bekanntesten Politikerinnen Deutschlands aus Mandat und Amt. Sie waren in den vergangenen Jahren das politische Aushängeschild unseres Landes. Sie haben sich mit Herz und Leidenschaft, mit bundesweit bekannter flinker Zunge und mit viel Geschick für Schleswig-Holstein eingesetzt und für den guten Namen unseres Landes viel bewirkt. (…) Ihnen gebühren für Ihre großen Leistungen der herzliche und aufrichtige Dank des ganzen Hauses und die Anerkennung der Mitbürgerinnen und Mitbürger des ganzen Landes.“ – Das Protokoll vermerkt mehrfach: „(Beifall im ganzen Haus)“[54]

Aus der Distanz betrachtet ein großartiger Abschied, ein vom gesamten Landesparlament ausgedrücktes, also harmonisches Dankeschön an die Ministerpräsidentin nach zwölf erfolgreichen wie fleißigen, indes auch konfliktfreudigen Jahren ![55]

Und wieder ein beachtenswerter Anfang: Die letzte Große Koalition Schleswig-Holsteins lag 48 Jahre zurück. Über einen langen Zeitraum war die politische Kultur von großer Distanz, ja von Feindschaft zwischen CDU und SPD gekennzeichnet. Die Aufarbeitung des Schocks von 1987 hatte Gräben überbrückt; würden diese Bretter jetzt, 18 Jahre später, tragen ?

Die Riege der SPD-Ministerinnen und Minister: Ute Erdsiek-Rave: Bildung, Frauen und stellv. Ministerpräsidentin; Ralf Stegner, Innen; Gitta Trauernich, Soziales, Gesundheit, Familie; Uwe Döring, Justiz, Arbeit, Europa. Der Koalitionsvertrag[56] sah unter anderem eine moderate Verwaltungsreform vor; sie würde am Widerstand in den Kreisen, insbesondere an Dithmarschen, scheitern. Ein sozialdemokratischer Coup allerdings gelang auf dem Sektor der Schulpolitik.

Längsschnitt-Exempel Bildungspolitik. Im letzten Längsschnitt also zur Bildung. Björn Engholm sicherte 1988 die Fortexistenz des gegliederten Schulsystems als „Elternrecht auf freie Schulwahl“ zu, führte aber weiter aus: „Freies Elternrecht heißt jedoch auch: Eltern, die für ihre Kinder eine Gesamtschule vorziehen, müssen im Lande Schleswig-Holstein endlich eine Chance erhalten.“ Die Gesamtschule werde aber „nicht von oben verordnet“, für die Einrichtung entscheidend sei vielmehr der nachzuweisende „Wille der Eltern und die Zustimmung des Schulträgers.“[57]

Dieses vorsichtige, ja konsensorientierte Vorgehen bleibt Richtschnur, personell repräsentiert von Eva Rühmkorf, Marianne Tidick, Gisela Böhrk und Ute-Erdsiek-Rave. Steter Tropfen höhlt jedoch den Stein: Die 1996 abgeschlossene erste Lehrplanrevision kann sich bis in die Gegenwart sehen lassen; jene in sie später einbeschriebene Stärkung der schulischen Autonomie auch im Inhaltlichen ist vorbildlich, obwohl in der Schulrealität immer noch nicht ausgeschöpft. Die Lehramtsausbildung an Universitäten, Schulen

54 Schleswig-Holsteinischer Landtag, Plenarprotokoll 27.4.2005, S. 24 (Reihenfolge der Zitate hier verändert).

55 Zu Heide Simonis vgl.: Bettina Munimus: Heide Simonis. Aufstieg und Fall der ersten Ministerpräsidentin Deutschlands, Stuttgart 2010; Heide Simonis im Gespräch mit Erich Maletzke: Ausgeteilt, eingesteckt. Leben mit und ohne Politik, Springe 2007; Heide Simonis: Ehrlichkeit und Selbstdarstellung in der Politik: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen..., in: Zeitschrift für Politische Psychologie (ZfPP), 1/1994, S. 53-58.

56 Vgl. Saretzki, Tils in ZParl 1/2006 (wie FN 51), S. 160; vgl. Schleswig-Holsteinischer Landtag, Plenarprotokoll 16/2 2005, Regierungserklärung Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

57 Plenarprotokoll 12/2, 28.6.1988 (wie FN 6), S. 22.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 266

und dem IQSH, eine Herkulesaufgabe, wird sukzessive fortentwickelt; allerdings mit so ruhiger Hand, dass Hochschulen noch 2013 für Schularten ausbildeten, die es längst nicht mehr gab. PISA und andere Evaluationsansätze trieben die Politik, die Finanzenge des Landes bedeutete immer wieder auch bildungspolitischen Notstand verwalten. Wichtige – quantitative wie qualitative – Indikatoren sind nicht besonders gut. – Schleswig-Holstein ist ein vergleichsweise armes Land.[58]

„Eine Schule für alle" hatte das SPD-Wahlprogramm 2005 propagiert.[59] Die Koalition vereinbarte ein „Sowohl als auch",[60] nämlich je nach kommunaler Situation die Einführung von „Regional-" oder „Gemeinschaftsschulen". Diese Reform, für viele Christdemokraten eine echte Kröte, wurde auch deshalb möglich, weil aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen im dreigliedrigen System Schulschließungen drohten. Aus sozialdemokratischer Perspektive bildete sie schlicht einen historischen schulpolitischen Durchbruch!

Das Finale 2009. Zum Regierungsalltag mit Peter Harry Carstensen. Man hörte bald davon, dass in der Regierung wie in den zur Kooperation gezwungenen Fraktionen zwei Kulturen aufeinanderprallten, Vorsicht und auch Misstrauen herrschten. Und dann das ungleiche Paar Carstensen und Stegner: der eher bodenständige, kumpelhaft auftretende, nicht nur freundliche Ministerpräsident und sein intellektueller, scharfzüngiger, manchmal auch obstinater, selbst dem taktischen Rückzug ferner Innenminister Ralf Stegner, der ab März 2007 auch SPD-Landesvorsitzender ist und entsprechendes politisches Gewicht einbringt. Das von gegenseitiger Animosität konturierte Verhältnis trägt nicht; Ende 2007 inszeniert Carstensen das Machtwort – um nach der Rochade zwischen dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay und dem Minister diesen als nun viel freieren Widerpart im Parlament ertragen zu müssen.[61]

Im Gefolge der Weltbankenkrise begann das Fiasko der HSH-Nordbank, an der Hamburg und Schleswig-Holstein 80 Prozent der Anteile halten. 2008 mussten aus öffentlichen Mitteln drei Milliarden Euro zur Stützung aufgebracht und weitere 10 Milliarden garantiert werden. Für Schleswig-Holstein eine Katastrophe! Über die „Ausgleichszahlung"[62] von 2,9 Millionen an HSH-Chef Nonnenmacher kommt es zwischen Carstensen und Stegner zum finalen Eklat. Am 21. Juli 2009 entlässt Carstensen die SPD-Ministerinnen und Minister, ja setzt sie förmlich vor die Tür, stellt zwei Tage darauf die 'unechte Vertrauensfrage', um Neuwahlen parallel zur Bundestagswahl zu erzwingen. Das war gewiss kein würdiges Ende der Koalition. Und eine schwierige Ausgangslage für die großen Parteien. Das Wahlergebnis am 27. September 2009 brachte denn auch eine tiefgreifende „Verwerfung der politischen Landschaft".[63] Die Sitzverteilung machte eine CDU/FDP-Koalition möglich.

Das Projekt der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung in Schleswig-Holstein jedenfalls war vorübergehend beendet.

58 Heide Simonis ging offen damit um. Vgl. ihre Ankündigung in: Verantwortung für das moderne Schleswig-Holstein 1996 (wie FN 27), S. 29.

59 Vgl. Saretzki, Tils in: ZParl 1/2006 (wie FN 51), S. 150.

60 Vgl. Saretzki, Tils in: ZParl 1/2006 (wie FN 51), S. 160.

61 Vgl. Horst in ZParl 2/2010 (wie FN 4), S. 373.

62 Vgl. Horst in ZParl 2/2010 (wie FN 4), S. 374.

63 Klaus Kellmann: Schleswig-Holstein: Einblicke in Politik, Wirtschaft und Geschichte (hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein), Kiel 2011, S. 55.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 267

Fazit: Öffnung und Modernisierung des Landes, ein sozialdemokratisches Projekt! Abschließend unter dem Vorbehalt des Irrtums eine vorsichtige Einordnung, eine Würdigung der sozialdemokratischen Regierungsarbeit 1988 bis 2009.

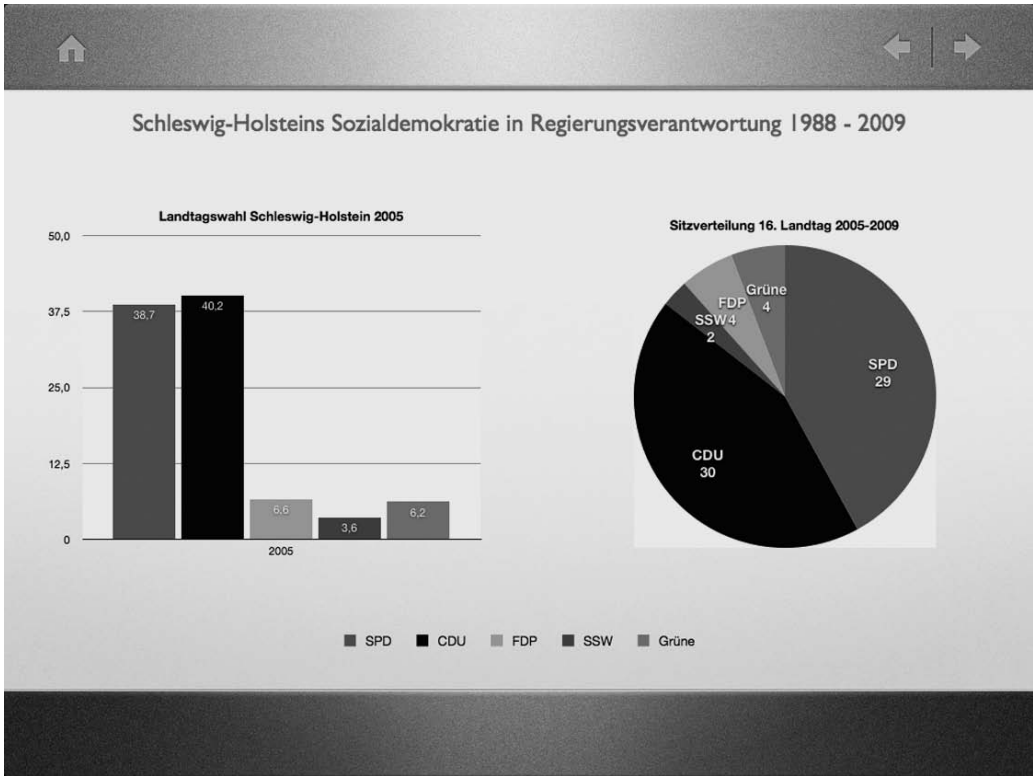
– Meine erste These lautet: Schleswig-Holstein ist offener geworden, nach innen und außen.

Die Distanz zwischen Landespolitik und Öffentlichkeit hat sich verringert, die Transparenz hat zugenommen, die diskursive Bürgergesellschaft Raum gewonnen. Die politische Kultur hat sich normalisiert, Regierungswechsel sind keine Weltuntergänge mehr, Koalitionen vorstellbar, Politik wird auf Zeit mit Macht ausgestattet. Und, so scheint es: Das deutsche Schleswig-Holstein hat angefangen, Orientierung in den skandinavischen Konsensgesellschaften zu suchen, dieses und jenes gar zu adaptieren. Die nachhaltige Öffnung zeigt sich auch woanders: Erstmals verorten identitätsversichernde Landeskunden Schleswig-Holstein mitten in Europa und an der Ostsee. Sie stehen für eine auf vielen Feldern inzwischen ganz reale Perspektiverweiterung der regionalen Gesellschaft, die man gar nicht überbewerten kann!

– Meine zweite These lautet: Schleswig-Holstein ist moderner geworden, mental wie real.

Hans Ulrich Wehler, der Nestor der deutschen Gesellschaftsgeschichte, hat seinen Studien zur Moderne die apodiktische Formel beigefügt: Wandel ist normal, ökonomische und gesellschaftliche

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 268



Veränderungen bilden in der Moderne den Normalfall. [64] Wir könnten ergänzen: Es geht also um deren politische Moderation und gesellschaftliche Verarbeitung. Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner taten sich in der jüngeren Geschichte bekanntlich schwer mit der Akzeptanz des Wandels. Die Landvolkbewegung und der NS-Aufstieg in den 1920er und 1930er Jahren werden als Reflexe auf die verunsichernde Moderne erklärt.

Die spätere Demokratisierung des Landes ist, das muss bei allen partiellen Einsprüchen akzeptieren, wer die 1950er und 1960er Jahre betrachtet, zu einem erheblichen Teil der Integrationskraft der Landes-CDU zu verdanken. Wie ein Staubsauger entzog sie damals anderen bürgerlichen Parteien bis zur äußersten Rechten die Klientel, wurde zudem die Partei der Flüchtlinge und Vertriebenen, die 40 Prozent der Bevölkerung stellten. Diese Integrationsleistung wurde flankiert, ja fundiert durch ein wirtschaftliches Kernprogramm einer verhaltenen Modernisierung. Ich denke an Symbole wie das „Programm Nord“, Fehmarn-Belt, Kernkraftwerke, Brunsbüttel und Autobahnen, während zeitgleich mit erheblichen öffentlichen Mitteln tradierte Strukturen konserviert wurden. Man kann zum Beispiel mit Blick auf die Landwirtschafts- und Werftenpolitik sagen: Die CDU verlangsamte und federte den strukturellen Wandel ab. Noch für den Wahlkampf 1988 notierte der wissenschaftliche Autor der Zeitschrift für Parlamentsfragen, die landespolitischen Hauptprobleme lägen im Werftensektor und in der Landwirtschaft, „einem traditio-

64 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Modernisierungstheorie und Geschichte, in: Ders.: Die Gegenwart als Geschichte: Essays. München 1995, S. 13-59, hier S. 28.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 269

nell bedeutenden Sektor der schleswig-holsteinischen Wirtschaft."[65] – Das mochte subjektiv stimmen, aber es war – bei einem Anteil des Primärsektors von unter vier Prozent am Landesinlandsprodukt[66] – doch bereits ein recht schiefes Bild der Wirklichkeit.

Wenn etwas bei der Beschäftigung mit der Phase ab 1988 deutlich wird, dann die Veränderung der Begriffe, der leitenden Bilder, auch der Ausrichtung der landespolitischen Impulse und Förderpolitik. Die neuen Regierungen orientierten sich um, beförderten den strukturellen Wandel, propagierten die Annahme des Neuen, werteten Veränderungen als positiv. Unabhängig von der Frage nach dem realen Wandel und dem Umfang von Fördermaßnahmen: Die mentale Neuausrichtung wurde eingeleitet und bestimmte fortan die Landespolitik, getragen von allen Regierungen unter sozialdemokratischer Beteiligung.

Die Zäsur von 1988 brachte also einen doppelten Paradigmenwechsel: die innere wie äußere Öffnung des Landes sowie die kulturell-mentale Annahme des Wandels, also das (verspätete) Ankommen Schleswig-Holsteins in der Moderne. In der Geschichtsdidaktik lehnen wir Personalisierungen meist ab; sie vereinfachen zu sehr und entmündigen das Fußvolk. Gleichwohl können wir diesen doppelten Paradigmenwechsel mit Personen verknüpfen, die Handlungsspielräume nutzten, also moderierten, was in der Luft lag, historisch angesagt war. Es war fraglos der strategische Anlauf Björn Engholms und seines Umfelds, der diese Veränderung Schleswig-

65 Bürklin in ZParl 4/1988 (wie FN 3), S. 45.
66 Vgl. Danker 2007 (wie FN 46), S. 176.

09 Danker 23.03.2016 2:42 Uhr Seite 270

Holsteins eingeleitet hat.[67] Es waren seine Nachfolgerin und Nachfolger, unterstützt durch zahlreiche weitere Mitwirkende, die ihn verstetigten, fest implementierten.

67 Biografische Beiträge zu Björn Engholm u.a.: Heinrich Breloer: Einmal Macht und zurück. Die Karriere des Björn Engholm (WDR-Broschüre), Köln 1994; Rainer Burchardt, Werner Knobbe: Björn Engholm: die Geschichte einer gescheiterten Hoffnung, Stuttgart 1993.